

Beschluss vom 17. Juni 2019

Klimaschutz - konsequent, effizient und bezahlbar.

Zentrale umweltpolitische Aufgaben bleiben für uns der Kampf gegen den Klimawandel, gegen die Verschmutzung der Meere und gegen den Artenschwund.

Wir haben in Deutschland im Umweltschutz bereits viel erreicht - beim Gewässerschutz, bei der Luftreinhaltung, beim Naturschutz und auch beim Klimaschutz. Nun müssen wir diese Erfolge auch öffentlich kommunizieren und gegenüber Zweiflern argumentativ verteidigen.

Es bedarf jedoch auch neuer und veränderter Anstrengungen, um die aus guten Gründen eingegangenen Verpflichtungen und Zielsetzungen zum Klimaschutz einzuhalten. Wir stehen ohne Wenn und Aber zum UN-Klimaabkommen von Paris und für eine verlässliche Politik der Nachhaltigkeit – gerade auch in der Energiepolitik. Unser nationales Ziel für 2020 wird um acht Prozentpunkte bzw. rund 100 Mio. t CO₂ verfehlt. Deswegen wollen wir die Anstrengungen verstärken, Treibhausgasemissionen schneller zu reduzieren.

Dazu wollen wir die nachhaltige Soziale Marktwirtschaft stärken, das heißt wir müssen den Klimaschutz innerhalb unserer Wirtschafts- und Sozialordnung besser verankern und dies auch mit technologischen Lösungen und Innovationen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, erreichen. Wir wollen die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, um damit die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Damit die CO₂-Emissionen weiter sinken, bekennen wir uns zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und zur Herausnahme der entsprechenden CO₂-Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandelssystem (ETS). Die Landesgruppe unterstützt das Eckpunktepapier zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Das ist ein großer und wirksamer Beitrag zum Klimaschutz, der international seinesgleichen sucht und den gerade auch unser Bundesland Nordrhein-Westfalen leistet. Diesen Kohleausstieg werden wir in der Klimaschutzdebatte offensiver als wichtigen deutschen Beitrag vertreten.

Ferner sehen wir auch im Verkehrsbereich enormes Potenzial zur Senkung der CO₂-Emissionen. Dabei dürfen wir jedoch nicht ausschließlich auf E-Mobilität setzen, sondern müssen verstärkt

den Einsatz synthetischer Kraftstoffe sowie von Wasserstoff ermöglichen und fördern.

Einige der bisherigen Maßnahmen zur Energiewende haben allerdings ein sehr unterschiedliches und nicht immer zufriedenstellendes Kosten/Nutzen-Verhältnis.

Das jetzige System aus Energiesteuern, Energieabgaben und Umlagen gehört auf den Prüfstand, um Fehlentwicklungen zu erkennen und zu korrigieren. Wir wollen einen Klimaschutz, der konsequent, effizient und bezahlbar ist. Dazu braucht es eine Überprüfung der Wirksamkeit aller bisherigen Maßnahmen – es braucht einen Kassensturz der Energiewende, weil wir ihren Erfolg wollen.

Die Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt eine ambitionierte, sozial faire Klimapolitik, die gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland und NRW stärkt. Deshalb fordern wir die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf:

- **Wir brauchen jetzt einen Kassensturz der Energiewende.** Alle Fördermaßnahmen, gesetzlichen Einzelmaßnahmen und Abgabenregelungen zum Klimaschutz müssen in ihren wirtschaftlichen Kosten und ihrem ökologischen Nutzen miteinander in Bezug gesetzt werden. Dabei müssen wir ehrlich und transparent vorgehen. Neue und zusätzliche Maßnahmen werden wir beschließen, wenn wir uns zuvor Rechenschaft darüber ablegen, wie effizient die bisherigen Maßnahmen wirken. Das aktuelle System aus Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich erscheint in Teilen weder übersichtlich noch zielführend. Gerade im Interesse eines starken Klimaschutzes müssen wir den Mut haben, ineffiziente Instrumente umzugestalten oder zu beenden, um sie gegen bessere auszutauschen, mit denen wir die Klimaschutzziele erreichen können. Bei dieser Neujustierung der Klimaschutzmaßnahmen werden wir unzumutbare Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger vermeiden. Steuern müssen im Kontext des Klimaschutzes klar und präzise auf ihre ökologische Lenkungswirkung ausgerichtet werden.

- **Im Rahmen dieser neuen Gesamtbetrachtung prüfen wir eine Umweltsteuerreform**, in der Steuersätze dort, wo es sinnvoll ist, auf CO₂-Emissionen ausgerichtet und angepasst werden.
- Mit dem Ziel effizienter, innovationsfördernder und technologieoffener Klimapolitik ist zu prüfen, wie eine **CO₂-Bepreisung** erfolgen kann, die gleichzeitig **wettbewerbsneutral und sozial gerecht** ist und die Besonderheiten ländlicher Räume berücksichtigt. Das bedeutet insbesondere, dass finanzielle und/oder steuerliche Ausgleichsmechanismen Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft insgesamt verhindern. Gleichzeitig ist ein Abwandern von Unternehmen und Arbeitsplätzen, das sogenannte carbon leakage, zu verhindern. Dazu soll die Prüfung der Vorschläge noch im Sommer erfolgen und möglichst noch in diesem Jahr eine Entscheidung zur CO₂-Preisbildung, verbunden mit Mechanismen für eine sozialverträgliche Kompensation für die Bürger, getroffen werden.
- Die derzeit von den Bundesministerien erarbeiteten Einzelmaßnahmen im Rahmen des Klimakabinetts müssen einer Kosten/Nutzen-Analyse standhalten.
- Die Vorschläge **der Kommission „Wachstum, Beschäftigung, Strukturwandel“** so umzusetzen, dass in Abstimmung mit der Landesregierung und den betroffenen Regionen die finanzielle Unterstützung langfristig und verlässlich gesichert ist, der Wirtschafts- und Innovationsstandort NRW gestärkt wird, sowie die erforderlichen Infrastrukturinvestitionen (z.B. in den Bereichen Verkehr, Digitales, Bildung und Forschung) verbindlich vereinbart werden.